Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholestellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl Thurmann

Druck und Verlag C. Thurmanns Buchdruckerei Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 119 | Fernsprecher | Dienstag, den 12. Oktober 1926. | Nummer 37 | 32. Jahrgang

— Berlin, den 11. Oktober 1926.

Chronik des Tages.

— Der preußische Staatsrat hat dem Vergleich zwischen Preußen und dem Hohenzollernhause zugestimmt.

— Zum Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs im preußischen Innenministerium ist Ministerialdirektor Dr. Abegg ernannt worden.

— Der Reichspräsident v. Hindenburg hat an den verabschiedeten Generalobersten v. Seeckt ein anerkennendes Handschreiben gerichtet.

— Bis zum Sonnabend sind in Hannover 200 Personen an Typhus gestorben. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich auf 1631.

— Nach englischen Pressemeldungen sollen sich Italien und Griechenland geeinigt haben, gleichzeitig von Kleinasien und Thrazien aus die Türkei anzugreifen.

— Der frühere deutsche Boxmeister Diener schlug in einem 10-Rundenkampf den Amerikaner Knute Hansen überlegen nach Punkten.

Um Seeckts Nachfolge.

Nicht leichten Herzens hat der Reichspräsident das Rücktrittsgesuch des Generalobersten von Seeckt bewilligt. Das geht deutlich hervor aus den Worten des Abschiedsschreibens, in denen sich der innere Kampf widerspiegelt, den Hindenburg bei der Entlassung des um Deutschlands Wehrmacht und Volk hochverdienten Offiziers mit sich auszufechten hatte. Der Reichspräsident mußte das Gesuch genehmigen, denn er konnte nicht anders handeln, als ihm der Reichskanzler und die anderen Mitglieder des Kabinetts die Folgen einer Ablehnung des Entlassungsgesuches vor Augen stellten. Es bestand kein Zweifel darüber, daß in diesem Falle der Reichswehrminister und mit ihm aller Wahrscheinlichkeit nach das gesamte Reichskabinett ihren Rücktritt erklärt hätten. Eine Regierungskrise in diesem Augenblick, wo wir wichtigen außenpolitischen Verhandlungen über die Zukunft des deutschen Westens entgegengehen, glaubte der Reichspräsident offenbar nicht verantworten zu können. Dieser Grund mag für die Bewilligung des Abschiedsgesuches in erster Linie maßgebend gewesen sein.

Nach Seeckts Weggang erhebt sich nun die wichtige Frage, wer an seine Stelle treten soll. Es steht außer Zweifel, daß es schwer sein wird, einen vollwertigen Ersatz zu finden für einen General, für dessen Leistungen im Kriege und Frieden der Reichspräsident soeben Worte warmer Anerkennung gefunden und dessen hervorragende Organisationsfähigkeit bei dem Aufbau der Reichswehr auch im Ausland höchste Bewunderung erregt hat. Zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, hat der Reichspräsident in der Frage der Nachfolgeschaft noch keine Entschließungen gefaßt. Wie es heißt, soll die Ernennung des Nachfolgers nicht überstürzt werden. Als mutmaßliche Nachfolger werden verschiedene Persönlichkeiten genannt. Der nach Seeckt dienstälteste General der Reichswehr, General der Infanterie Reinhardt, der letzte preußische Kriegsminister und jetzige Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos II in Kassel, soll gebeten haben, von seiner Ernennung abzusehen. Neben ihm wird in erster Linie der Kommandeur der in Königsberg stehenden Reichswehrdivision, Generalleutnant Heye, als Nachfolger Seeckts genannt. Heye war Mitglied der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und hat in der letzten Zeit des Krieges als Chef der Operationsabteilung im großen Hauptquartier zusammen mit General Groener die strategischen Maßnahmen der deutschen Armee ausgearbeitet. Später war er im Reichswehrministerium tätig und hat während des Kapp-Putsches das Reichswehrministerium in Berlin geleitet. Außer General Heye gilt vor allem noch General Hasse als aussichtsreicher Kandidat.

Trotzdem es sich zweifellos bei allen diesen Generälen um bewährte Offiziere handelt, dürfte keiner von ihnen im Falle der Ernennung zum Nachfolger Seeckts die überragende Stellung einnehmen, die Generaloberst von Seeckt innehatte. Dieser wurde bekanntlich bis zu seinem Rücktritt immer als der eigentliche Chef der Heeresleitung angesehen, während es in Wirklichkeit seit dem Sommer 1925 einen „Chef der Heeresleitung" nicht mehr gibt. Die Stellung eines Chefs der Heeresleitung, die in der im Vertrage von Versailles festgelegten Gliederung der Reichswehr nicht vorgesehen ist, mußte damals auf Wunsch der Militärkontrollkommission aufgehoben werden, da ihr nach den Versailler Vorschriften des Friedensvertrages eine militärische Zusammenfassung der beiden bestehenden Reichswehrgruppenkommandos in der Person eines militärischen Oberbefehlshabers nicht angängig erschien. Generaloberst v. Seeckt war daher zuletzt — das Wehrgesetz ist dementsprechend geändert worden — nicht mehr Chef der Heeresleitung, sondern lediglich militärischer Berater des Reichswehrministers, auf den verfassungsmäßig die Kommandogewalt des Reichspräsidenten übertragen ist. Bei dem hohen militärischen Rang Seeckts als Generalobersten, blieb diese formelle Umwandlung seiner Stellung auf seine Tätigkeit ohne Einfluß, bei der Berufung seines Nachfolgers dürfte sich diese Aenderung jedoch auch praktisch bemerkbar machen. Dem Vernehmen nach trägt man sich in Regierungskreisen mit der Absicht, für den neuen militärischen Berater des Reichswehrministers den Posten eines Staatssekretärs im Reichswehrministerium zu schaffen, wie man ihn ja auch in den anderen Ministerien schon längst eingerichtet hat. In diesem Falle würde der etwaige Nachfolger des Generalobersten sein militärisches Kommando mit einer mehr politischen und verwaltungsmäßigen Stellung im Reichswehrministerium vertauschen. Eine derartige Umorganisation läßt sich begreiflicherweise nicht ohne eingehende Verhandlungen mit der in Betracht kommenden Persönlichkeit erledigen, so daß die Ernennung des Nachfolgers für General v. Seeckt erst in einigen Tagen zu erwarten sein dürfte.

Hindenburg an Seeckt.

Ein Abschiedsschreiben des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Generaloberst von Seeckt in Genehmigung seines Abschiedsgesuches nachfolgendes Handschreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Generaloberst! Ihrem Antrage um Entlassung aus dem Heeresdienst habe ich in der anliegenden Urkunde entsprochen. Ich sehe Sie mit großem Bedauern aus dem Heere scheiden, und es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen in dieser Stunde namens des Reiches wie eigenen Namens von Herzen zu danken für alles, was Sie im Krieg und im Frieden für das Heer und für unser Vaterland getan haben. Ihr Name ist mit zahlreichen Ruhmestaten unseres Heeres im Weltkriege verbunden und wird in der Kriegsgeschichte unvergänglich weiterleben.

Ebenso hoch aber steht die stille und entsagungsvolle Arbeit, in der Sie in der harten Nachkriegszeit die neue Reichswehr aufgebaut und ausgebildet haben, und ebenso groß sind die Verdienste, die Sie sich in den hinter uns liegenden Jahren schwerer Erschütterungen des Reiches um die Erhaltung der Ordnung und der Autorität des Staates erworben haben.

All dieses wird Ihnen unvergessen bleiben! Ich hoffe zuversichtlich, daß Ihr vielseitiges Wissen und Können, Ihre Tatkraft und Ihre Erfahrung auch künftig unserem Vaterland nutzbar sein werden, und bin in dieser Erwartung mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr ergebener gez.: v. Hindenburg."

Der Hohenzollernvergleich.

Der Staatsrat stimmt zu.

Der Preußische Staatsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und den Mitgliedern des ehemals regierenden preußischen Königshauses gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zu. Aller Voraussicht nach wird der Vergleichsvorschlag am heutigen Montag auch schon im Landtage zur Sprache kommen.

Die Sozialdemokraten bedauerten, daß die preußische Regierung die Angelegenheit so beschleunigte. Der Entwurf sei nicht befriedigend und gebe zu Bedenken Anlaß. Trotzdem würde man der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Vorlage keine Schwierigkeiten machen, wenn man die Vorlage selbst auch ablehnen müsse.

Aus dem Inhalt des Vertrags.

Bei dem neuen Vergleich handelt es sich um die alten Verträge, die durch einen Zusatzvertrag vom 6. Oktober 1926 ergänzt worden sind. Den Verträgen sind genaue Verzeichnisse der beweglichen Gegenstände beigegeben, die dem Staat zufallen, und die dem vormals regierenden Königshause verbleiben. Dem Staate z. B. verbleiben die preußischen Kroninsignien, nämlich das Zepter aus emailliertem, mit Diamanten und Rubinen besetztem Gold, der Reichsapfel, das Reichssiegel, die Reichsfahne und der Reichshelm. Als etwaiger Wohnsitz wird dem früheren Kaiser Schloß und Park zu Homburg v. d. H. zur Verfügung gestellt.

Weiter überläßt der Staat dem ehemaligen Königshause den im Park von Sanssouci gelegenen Antiken Tempel nebst einem Geländestreifen als Mausoleum und verpflichtet sich, das Mausoleum Kaiser Friedrichs III. im Park von Sanssouci sowie das Mausoleum im Park von Charlottenburg stets in seinem gegenwärtigen Zustande zu erhalten.

Das vormals regierende Königshaus wird die ihm verbleibenden, bisher der Allgemeinheit zugänglich gewesenen Schlösser und Gartenanlagen möglichst in dem früheren Umfange weiterhin der Allgemeinheit zugänglich erhalten und das Schloß zu Rheinsberg, das Schlößchen Paretz und die Burg Rheinstein nach den Grundsätzen der Denkmalspflege erhalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. Oktober 1926.

— Reichsinnenminister Dr. Külz feiert am 15. Oktober das Fest der silbernen Hochzeit.

:: **Gedächtnisfeier für Hugo Preuß.** Am Todestage des Schöpfers der deutschen Reichsverfassung fand im Berliner Stadthause eine Gedächtnisfeier statt. Abg. Grzimek hielt die Gedenkrede und feierte den vor einem Jahre so plötzlich Verstorbenen als den Baumeister des Volksstaates.

:: **Ein thüringischer Erbprinz Reichswehroffizier.** Wie jetzt mitgeteilt wird, hat der Erbprinz Johann Leopold von Sachsen-Koburg und Gotha auf normalem Dienstweg ein Gesuch um Aufnahme in die Reichswehr gerichtet. Da der Prinz sich zu der gesetzlich vorgeschriebenen Dienstzeit verpflichtet hat und persönlich geeignet ist, hat das Reichswehrministerium dem Antrage stattgegeben. Der Prinz macht jetzt die normale Laufbahn der Offiziersanwärter im Reichswehr-Infanterieregiment 14 durch.

:: **Auswärtiger Ausschuß und Besatzung.** Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags kamen alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten dahin überein, daß die Zwischenfälle im besetzten Gebiet unter Wahrung der deutschen Interessen schleunigst aufgeklärt werden müßten und daß diese sich immer mehr häufenden Fälle in ihrer Gesamtheit nur als drastischer Beweis für die Unmöglichkeit einer weiteren Fortdauer der Besatzung zu werten sind.

:: **Die Volkspartei für Große Koalition in Preußen.** Die politischen Besprechungen der volksparteilichen Landtagsfraktion sind abgeschlossen. Abg. Dr. v. Campe äußerte sich zu der Frage über die Erweiterung der Regierung im Sinne der Bildung der Großen Koalition und kam zu dem Schluß, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor zu Verhandlungen bereit ist. Der Fraktionsvorstand stimmte dieser Auffassung zu.

Rundschau im Auslande.

‡ Die Verhandlungen über die Neubildung des Danziger Senats, die die Bildung einer großen Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zum Ziele hatten, sind ergebnislos verlaufen.

‡ Die Ausschüsse der österreichischen Beamten haben die bereits ausgegebene Streikparole zurückgezogen. Die endgültige Entscheidung wurde bis zur Beendigung der mit der Regierung geführten Verhandlungen vertagt.

‡ Wegen der in dem russisch-litauischen Vertrag enthaltenen Wilna-Klausel will das polnische Außenministerium der Botschafterkonferenz eine Protestnote überweisen.

‡ Der englische konservative Parteitag wurde mit der Annahme einer Entschließung beendet, in der gegen die umstürzlerische bolschewistische Propaganda in England äußerst scharf protestiert wird. Es wurde beantragt, alle offiziellen russischen Sowjetagenturen zu schließen und das gesamte russische Personal aus dem Lande zu weisen.

*

Dänemark baut seine Wehrmacht ab!

‡ Dänemark will sein Verteidigungsministerium auflösen und sein Heer soweit abrüsten, daß es nur noch für den Grenzschutz in Frage kommt. Die Marine soll bis auf die zum Schutze der Gewässer benötigten Patrouillenschiffe abgebaut werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist der Volksvertretung bereits zugegangen.

Der französische Kabinettsrat.

‡ In der letzten Sitzung des französischen Ministerrats hat Briand über die auswärtige Situation Bericht erstattet. Nähere Einzelheiten werden nicht mitgeteilt. Der nächste Ministerrat soll am 17. Oktober stattfinden. — In Kürze wird auch die Botschafterkonferenz in Paris zusammen treten, die sich u. a. mit der Manöverteilnahme des deutschen Kronprinzensohnes beschäftigen will, da eine illegale oder kurzfristige Aufnahme von Offizieren in die deutsche Reichswehr nicht gestattet ist.

Deutsch-englischer Wirtschaftspakt?

‡ Mitglieder der nach England gereisten deutschen Wirtschaftsführer-Delegation erklärten, die Besprechungen hätten den Zweck, zwischen Wirtschaftsgruppen beider Länder eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß bei diesen Verhandlungen eine Uebereinstimmung darüber erzielt werden wird, welche konkreten Projekte für eine Zusammenarbeit der beiderseitigen Industrien ins Auge gefaßt werden können. Auf englischer Seite sucht man sich offenbar vor allem auf Kohle, Chemie und Anilin zu beschränken.

Der englische Kohlenkonflikt.

‡ **Die englische Bergarbeiterkonferenz hat beschlossen, die Ausführungsmaßnahmen zur Zurückziehung der Grubensicherheitsmannschaften und der Beschlagnahme ausländischer Kohle zunächst den einzelnen Revieren zur Anerkennung vorzulegen. Eine Entscheidung wird daher in den nächsten Tagen erwartet werden.**

Neue Siege der Kantonarmee.

‡ Nach den letzten Meldungen hat die fremdenfeindliche Kantonarmee dem Beherrscher der fünf bedeutendsten und reichsten chinesischen Provinzen eine empfindliche Niederlage beigebracht und die Stadt Wutschang erobert. 30 000 Flüchtlinge haben die Stadt, in der große Not herrscht und in der bereits Tausende den Hungertod gestorben sind, verlassen.